

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 112. Ratssitzung vom 28. Oktober 2020**

### **Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nr. 2020/35, 2020/43 und 2020/44.**

#### **3105. 2020/35**

##### **Dringliche Motion der AL-Fraktion vom 29.01.2020:**

##### **Erweiterung der Rechtsgrundlage für die Auszahlung von Objektbeiträgen an Einrichtungen privater Anbieter für Kinder im Vorschulalter, Änderung der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, die Dringliche Motion entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2020/35 bis 2020/44.

**Walter Angst (AL)** begründet die Dringliche Motion GR Nr. 2020/35 (vergleiche Beschluss-Nr. 2151/2020): Die Qualität in der Kinderbetreuung soll mit drei Motionen gesteigert werden. Anfang dieses Jahres publizierte die «Republik» diverse Artikel über die Situation in den städtischen Kitas. Kern der Aussagen war, dass der städtische Normkostensatz von 125 Franken nicht ausreicht, um in den Kitas die erwünschte pädagogische Qualität zu sichern. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, dass die Stadt bei ihren eigenen Kitas einen bedeutend höheren Tagessatz anwendet als bei den privaten Kitas, die sie über Elternbeiträge mitfinanziert. Der Satz der städtischen Kitas liegt zwischen 160 und 170 Franken pro Tag und damit rund 30 bis 40 Franken höher als bei Kitabetrieben von privaten Unternehmerinnen und Unternehmern. Das Personal ist der Hauptkostenpunkt der Kitas. Je besser das Personal qualifiziert ist, desto höher sind die Lohnkosten. Für die Ausbildung der Mitarbeitenden braucht es zudem zusätzlich Beschäftigte. Die Zahlen des Branchenverbands Kinderbetreuung Schweiz (kibesuisse) zeigen, dass in der Stadt Zürich nur rund 40 Prozent des Personals über eine pädagogische Ausbildung als Fachangestellte Betreuung (FaBe) oder Sozialpädagogin verfügt. 60 Prozent der Arbeit wird von Personen verrichtet, die als Praktikantinnen, Quereinsteigerinnen oder in der Ausbildung angestellt sind. Das ist aus dreifach unzulässig. Erstens gegenüber den Eltern und Kindern, die Anspruch auf Qualität haben. Zweitens gegenüber den Auszubildenden und Praktikantinnen, die als Billigstarbeitskräfte eingesetzt werden. Und drittens gegenüber den Institutionen, die keine andere Möglichkeit haben, als mit Dumping-Vorgaben die Kitas zu betreiben und mit knappem Geld eine gute Betreuung anbieten müssen. Kibesuisse fordert deshalb, dass der Betreuungsschlüssel künftig nur noch ausgebildetes Personal berücksichtigt. Praktikantinnen und Auszubildende sollen zusätzliche Arbeitskräfte sein. Kibesuisse rechnete auch aus, welchen zusätzlichen Bedarf das auslösen würde. Damit würden zusätzliche Personalkosten pro Tag und Kind von 100 Franken anfallen. Auch wer nicht so weit gehen will, muss anerkennen, dass der Anteil an qualifiziertem Personal, Bildungsangebote für die Angestellten in den Kitas und anständige Arbeitsbedingungen verbessert werden müssen. Der Stadtrat bestätigt dies in

seiner Antwort auf die Motion der SP, die eine Reduktion der Elternbeiträge fordert. Der Stadtrat ist der Meinung, dass man im Moment vor allem in die Qualitätsmassnahmen investieren muss. Bei künftigen Subventionen müssen zwei Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Eltern dürfen nicht noch stärker belastet werden. Das bedeutet, dass man bei einer Erhöhung des Tagessatzes auch die Betreuungskosten erhöhen muss. Zudem ist auch klar, dass in der Stadt keine zusätzlichen Anforderungen an die Kitas gestellt werden können. Auf städtischer Ebene kann mit einer Erhöhung vom Tageskostensatz und einer Erhöhung der Elternbeiträge eine Qualitätsoffensive gemacht werden. Wenn Eltern für subventionierte Plätze nicht mehr zahlen sollen, muss die Stadt für die 400 subventionierten Kitaplätze und 240 Tage pro Woche, die als Grundlage berechnet werden, für jeden Franken, den die Stadt als Vollkosten zusätzlich berechnet, auch mehr Subventionen zahlen. Es ist anzunehmen, dass die Kitas die zusätzlichen Mittel für die Verbesserung der Qualität einsetzen würden – sicher ist das aber nicht. Globe Garden kann ganz andere Prioritäten setzen als andere Kitaunternehmen. Die Alternative zur Erhöhung des Normkostensatzes und der Subventionen ist die Erhöhung von Objektbeiträgen an die Kitas selbst, welche die heutige Verordnung bereits vorsieht. Diese können auch an klare Bedingungen geknüpft werden. Solche Beiträge gibt es heute schon. Gemäss Report Kinderbetreuung 2019 wurden ganze 100 000 Franken in allgemeine Objektbeiträge investiert, die vor allem Projekte finanzierten. Solche Beiträge sind nicht nachhaltig, denn die aus dem Projekt resultierenden Ergebnisse bezüglich Qualitätssicherung können von den Kitas nicht umgesetzt werden, weil ihnen das Geld dazu fehlt. Die AL schlägt deshalb vor, den Artikel 9 der Verordnung über die Kinderbetreuung anzupassen und dort verschiedene Möglichkeiten zu bieten, damit Kitas in pädagogisches Personal und in Qualität investieren können. Es ist unbestritten, dass die Qualität nur über Personalinvestitionen erhöht werden kann. Eine vorgeschlagene Massnahme betrifft die Finanzierung von dauerhaften zusätzlichen Anstellungen von qualifiziertem Personal durch die Stadt – und zwar nicht nur als Projektbeitrag. Wir können nicht über Kitaqualität und Kitasubventionen sprechen, ohne über das Geld der Stadt zu sprechen. Die Umsetzung der Motion würde 10 bis 20 Millionen Franken kosten. Sie wäre aber steuerbar und man könnte den Kitas für klare Qualitätsleistungen zusätzliche Beiträge geben – so wie man das bei den stadteigenen Kitas macht. Ich bitte Sie, den Weg freizumachen, damit wir die in der «Republik» beschriebenen Zustände verbessern können.

**Samuel Balsiger (SVP)** begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 4. März 2020 gestellten Ablehnungsantrag zur Dringlichen Motion GR Nr. 2020/35: Praktisch alle hier diskutierten Probleme lassen sich auf den Staat zurückverfolgen, der die Rahmenbedingungen setzt. Der Staat setzte die Bedingungen für die Kitas wie Hygienevorschriften, Anzahl zu betreuender Kinder oder die Anforderungen an die Räume. Bei Mängeln der staatlichen Strukturen kann man mehr Geld fordern. Was passiert aber, wenn Zürich das Geld fehlt und Sie sich entscheiden müssen, ob Sie weiterhin die Abfallentsorgung sicherstellen oder sich linken Luxus leisten wollen? Zürich erlebte Zeiten, in denen man sich diese Frage stellen musste, weil man kein Geld mehr für die Sicherstellung der staatlichen Grundleistungen hatte. Bitte bedenken Sie, dass die Banken irgendwann ihre Beiträge vielleicht nicht mehr in Zürich zahlen, es eine Wirtschaftskrise oder strukturelle Umbrüche geben wird und das Geld für das System Fremdbetreu-

ung fehlen könnte. Wenn sie das System der Kinderbetreuung langfristig am Leben erhalten möchten, dürfen die Mängel nicht mit Geld gedeckt werden – es müssen auch die staatlichen Mängel, die häufig von linker Seite verursacht sind, berücksichtigt werden. Die Fremdbetreuung von Kindern ist ein Steckenpferd der Linken. Das Sprechen über die Mängel in den Kitas ist ein Eingeständnis Ihrer Fehler. Ihre Systeme brechen von alleine zusammen. Der schlimmste Feind sind Sie sich selbst. Beheben Sie die überflüssigen, bürokratischen Anforderungen, aber lassen Sie das Geld in den Taschen der Bürger.

**Marcel Tobler (SP)** begründet die Dringlichen Motionen GR Nrn. 2020/43 und 2020/44 (vergleiche Beschluss-Nr. 2175/2020 und 2176/2020): Zürich ist mit dem Aufbau der Kinderbetreuung in der Quantität gut vorwärtsgekommen. Als meine Partnerin und ich vor 14 Jahren einen Krippenplatz für unsere Tochter suchten, mussten wir uns früh bemühen, weil die Anzahl Kitaplätze extrem beschränkt war und die Kitalandschaft sich erst im Aufbau befand. Wir wussten nicht, wie es nach dem Mutterschaftsurlaub weitergehen sollte. Wir hatten aber Glück, weil in unserer Nähe eine Krippe aufging, wo später auch unser anderes Kind hingehen konnte. Für viele Eltern ergibt sich die Situation aber nicht so glücklich. Unterdessen hat sich die Kitalandschaft stark ausgeweitet und die Zusammenarbeit zwischen den privaten Kitabetreibern und der Stadt funktioniert. Die Nachfrage und das Angebot steigt. Der Ausbau brachte aber auch Schattenseiten hinsichtlich der Qualität in den Kitas mit sich. Die Betreuungsqualität in den Kitas ist nicht immer über alle Zweifel erhaben. Das liegt zu einem grossen Teil am zu wenig ausgebildeten Personal. Es dürfen bei der Betreuung unserer kleinsten Kinder aber keine Abstriche gemacht werden. Die Marktsituation darf kein Race-to-the-bottom auslösen, bei dem nur Kinderkrippenkonzerne bestehen können, die ihre Kostenstruktur optimieren und beim Personal sparen. Die Leidtragenden sind immer die Kinder. Wir sind uns einig, dass wir nur das Beste für unsere Kinder wollen und deshalb ist es wichtig, dass wir in diesen Bereich investieren. Wir sprechen hier von den jüngsten und verletzlichsten Mitgliedern der Gesellschaft, die wir schützen, fördern und befähigen wollen. Dafür braucht es genügend Mittel. Bei der Qualität geht es um die Zeit, die man mit den Kindern verbringen kann, die Einfühlsamkeit, die Fürsorge, die Bewegung, Ruhezeiten, Anregungen, Abwechslung, räumliche Verhältnisse, Hygiene und die betrieblichen Vorschriften wie Sicherheit. Nicht zuletzt geht es auch um betriebswirtschaftliche Fragen und Fragen der Führung und Administration von der Personalentwicklung. Es ist völlig klar, dass hier einzelne Betriebe optimieren können. In erster Linie sind die Rahmenbedingungen aber vom Staat gegeben. Der Staat muss Gegensteuer geben können und Handlungsoptionen haben, wenn er eine Verbesserung schaffen will. Die Stadt ist als Geldgeberin die grösste Kundin der Kindertagesstätten. Sie hat mit der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung einen rechtlichen Hebel in der Hand, mit dem sie Einfluss nehmen kann. Der Stadtrat erkennt die Problematik der Kitaqualität an und will die Motion entgegennehmen. Wir schlagen darin vor, dass er die Verordnung anpassen und uns einen Vorschlag bringen soll, wo und wie er den Hebel ansetzen will. Der Stadtrat braucht eine Grundlage – unseren Auftrag aus dem Gemeinderat –, um Veränderungen zu ermöglichen. Die Vorschläge der AL sind ein brauchbarer Ansatz. Dennoch glauben wir nicht, dass sie ausreichen werden, um wirklich Verbesserungen zu erreichen. Wir möchten den Fokus deshalb öffnen und einen umfassenden Ansatz wählen. Der Stadtrat soll in Zusammenarbeit mit den Kitas über die Bücher gehen und Vorschläge bringen, wo sinnvolle Anpassungen

vorgenommen werden können. Danach können wir über Detailfragen diskutieren. Es ist offensichtlich, dass der Schlüssel beim gut ausgebildeten Personal liegt. Damit es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt und der Stadtrat handlungsfähig ist, braucht er selbstverständlich finanzielle Mittel. Einig sind wir uns auch, dass nicht die Eltern zur Kasse gebeten werden dürfen. Deshalb reichten wir parallel einen Vorstoss ein, um die subventionierten Elternbeiträge zu erhöhen. Die Kinderbetreuung kostet enorm viel. Entweder man verzichtet als Eltern auf Einkommen, indem man nicht mehr arbeitet und seine Kinder selbst betreut, man zahlt eine teure Kinderbetreuung in der Kita oder man lässt gratis von beispielsweise Grosseltern für sich arbeiten. Drei Tage Kita kosten ohne Subventionen etwa 1500 Franken im Monat, fünf Tage Kita pro Woche kosten etwa 2500 Franken im Monat pro Kind. Gerade wenn man mehrere Kinder hat, belastet dies das Familienbudget stark. Die Lebenshaltungskosten sind gestiegen. Deshalb sind Subventionen absolut elementar. Eine alleinerziehende Person mit einem eher tiefen Einkommen, die Maximalsubventionen erhält, muss 250 Franken pro Monat pro Kind bezahlen. Für zwei Kinder kostet die Kita 500 Franken. Für jemand, der wirklich aufs Geld schauen muss, sind auch 500 Franken schlicht zu viel. Folglich sucht man sich eine andere Lösung und lässt beispielsweise eine Nachbarin auf das Kind aufpassen. Krippen leisten aber auch eine gewisse Integrationsleistung. Deshalb muss der Mindestbeitrag von 12 Franken gesenkt werden. Die Stadt Zürich ist attraktiv für ungefähr 28- bis 40-Jährige, für die es Arbeits- und Karrieremöglichkeiten gibt. Diese Menschen sind genau in dem Alter, in dem man Kinder bekommt. Wer nicht flexibel arbeiten kann, hat Nachteile in der Karriere. Die Arbeitgeber brauchen gleichzeitig Fachkräfte. Wenn die SVP die Fachkräfte nicht aus dem Ausland holen will, muss die SVP dieser Motion zustimmen. Viele sehr gut ausgebildete Frauen erziehen zuhause Kinder statt am Arbeitsplatz zu arbeiten. Ohne diese Arbeit abzuwerten, muss man sich in der volkswirtschaftlichen Diskussion überlegen, wie sinnvoll das ist. Deshalb sind Subventionen absolut nötig. 2014 war das Subventionsmodell grosszügiger ausgestattet. Im Zuge eines Sparpakets wurden Subventionen gekürzt. Wir sind der Meinung, es wäre an der Zeit, die Subventionen wieder hochzuschrauben. Wenn man den Grenzbetrag von Subventionen auf 120 000 Franken pro Haushalt erhöht, kostet das 5 Millionen Franken pro Jahr. Wenn die Lebenshaltungskosten bei 7000 Franken liegen würden, würde das 3 Millionen Franken kosten. Wenn der Sockelbeitrag auf 6 Franken halbiert würde, kostete dies 4 Millionen Franken im Jahr. Da sind total 12 Millionen Franken. Das können wir verschmerzen, ohne dass der Untergang der Stadt bevorsteht. Mit den Subventionen sind wir natürlich längst nicht am Ziel. Es ist völlig klar, dass es in Zukunft eine Elternzeit braucht. Diese soll durch den Kanton oder Bund finanziert werden. Mit den höheren Subventionen können wir die Situation für die Eltern aber verbessern und sie entlasten. Der Stadtrat hat begründet, weshalb er die Motion als Postulat entgegennehmen würde. Das können wir nachvollziehen und sind auf den vom Gemeinderat geforderten Bericht gespannt. Wir sind bereit, den Vorstoss als Postulat zu überweisen, falls es für die Motion keine Mehrheit geben sollte.

**Samuel Balsiger (SVP)** begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 4. März 2020 gestellten Ablehnungsantrag zur Dringlichen Motion GR Nr. 2020/44: Der Sprecher der SP machte die staatlichen Rahmenbedingungen für die heutige Situation – mit der Sie unzufrieden sind – verantwortlich. Es sind vor allem linke Poli-

tiker, die die Kinderbetreuung ins Gesetz schrieben und die Rahmenbedingungen setzten. Marcel Tobler (SP) sagt also indirekt, dass die Linke ihre Arbeit über Jahre schlecht gemacht hat. Er sagte auch, dass die Schulung und die Qualität des Personals mit dem schnellen Ausbau nicht schritthalten konnte. In den jahrelangen Diskussionen, die wir über Fremdbetreuung und Kinderbetreuung führen, wollten Sie immer schneller vorwärts machen, während die SVP die Geschwindigkeit reduzieren wollte. Wir sind nicht gegen Fremdbetreuung. Sie sollte aber keine staatliche Aufgabe sein, sondern in der unternehmerischen Freiheit liegen. Wir finden, dass die Beschneidung von unternehmerischer Freiheit zu Problemen führt und lehnen deshalb linke Politik ab. Marcel Tobler (SP) sprach von den steigenden Lebenshaltungskosten. Im gleichen Atemzug fordert er, dass der Staat mehr Geld ausgeben soll. Wer sind aber schlussendlich Bund und Kanton? Das ist der Steuerzahler, der Bürger und der SPler, die Ihnen zufolge Mühe haben, diese Kosten zu zahlen. Früher reichte es, wenn einer arbeitete, um eine vierköpfige Familie zu ernähren. Das liegt daran, dass der Staat früher seine Tentakel nicht überall im Spiel hatte und es weniger linke Ideologie gab, die den Staatsausbau und die Staatskosten in die Höhe trieb. Sie vergessen, dass Ihre Fantasiebeiträge letzten Endes von den Bürgern bezahlt werden. Der SP-Sprecher erzählte selbst, wie schwierig es für ihn war, eine Kinderkrippe zu finden und wie schwer es für viele Familien ist, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Deswegen braucht es mehr bürgerlich-freiheitliche und mehr SVP-Politik. Der sogenannte «Tax Freedom Day» findet am 30. Juni statt. Erst nach diesem Tag arbeitet ein Durchschnittsbürger in der Schweiz für sein eigenes Portemonnaie – die Zeit davor arbeitet der Durchschnittsbürger für linke Fantasieschlösser. Es ist bemerkenswert, dass praktisch bei jedem realen Problem – wie steigende Mieten, überfüllte Badeanstalten und öffentliche Verkehrsmittel, Verschwinden von Grünflächen – die Linken die Probleme zwar richtig beschreiben, daraus aber falsche Schlussfolgerungen ziehen. Die richtige Schlussfolgerung wäre weniger linke Politik, weniger Staat und mehr Freiheit. Es muss mehr Geld in der Tasche der Bürger gelassen werden, damit Familien wieder mehr Geld selbst ausgeben können. Würde der Staat wieder mehr zurückgedrängt, würde ein Einkommen wieder ausreichen, um die Familie zu ernähren. Die Probleme wären behoben und alle wären glücklich. Leider leben wir aber im linken Zeitgeist und Sie treiben die Missstände immer weiter.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

**STR Karin Rykart:** Die Motion verlangt, dass man die Elternbeiträge für die familienergänzende Kinderbetreuung deutlich senkt. Die Motion beinhaltet Massnahmen wie die Erhöhung der massgebenden Grenzbeträge, Erhöhung der Abzüge für Lebenshaltungskosten, die Halbierung vom Mindesttarif für Betreuungstage. Der Stadtrat lehnt die Motion ab, ist aber bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Auch wenn es noch nicht lange her ist, als wir noch zu wenig subventionierte Plätze hatten, gibt es heute genügend subventionierte Kitaplätze. Heute steht vor allem die qualitative Weiterentwicklung im Fokus. Die Motion der AL «Programm für Qualitätsentwicklung» will den Kitas Objektbeiträge zahlen, um die Qualität zu steigern. Dabei geht es beispielsweise um die Frühförderung von Sprachkompetenz, Aus- und Weiterbildungen, Beiträge an Lohnkosten von höher qualifiziertem Fachpersonal und strukturelle Massnahmen zur

*Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Der Stadtrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen und zu prüfen. Der Stadtrat ist auch bereit, die Motion der SP und Grünen betreffend die Revision der Verordnung Kinderbetreuung entgegenzunehmen, die eine generelle Erhöhung der Qualität fordert. Auch das Postulat 2020/45 von SP und Grünen nimmt der Stadtrat entgegen. Darin geht es um die Unterstützung der Sozialpartner von Seiten der Stadt bei der Ausarbeitung eines Gesamtarbeitsvertrags für die Branche. Das Sozialdepartement prüft im Moment diverse Projekte zur Weiterentwicklung der Qualität in der Kinderbetreuung. Das wird relativ teuer. Man ist aber bereit, Geld in die Hand zu nehmen, damit die gewollte Qualität gewährleistet werden kann. Eine gute Betreuung erfordert gutes Personal und gute Rahmenbedingungen. Der im Rahmen der Verordnung Kinderbetreuung verlangte Bericht ist in Erarbeitung und wird im ersten Quartal 2021 dem Stadtrat vorgelegt. Er wird die Entscheidungsgrundlage liefern, um allfällige Anpassungen bei den Elternbeiträgen zu überprüfen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Claudia Rabelbauer (EVP):** *Ich möchte für die Kitas eine Lanze brechen. Als Kitaleiterin möchte ich betonen, dass die Qualität der Kitas nicht so schlecht ist wie ihr Ruf. Ich kenne sehr viele Kitas und das Personal macht eine hervorragende Arbeit. Es ist aber klar, dass man über Rahmenbedingungen sprechen muss. Diese sind ganz sicher zu verbessern und dafür gibt es gute Vorstösse. Wir unterstützen die Motion der AL sehr gerne. Uns gefällt die Knüpfung an Leistungen. Das macht Sinn, weil man so konkret auch Qualität einfordern kann. Wir konnten damit bereits gute Erfahrungen sammeln, wie beispielsweise beim Projekt «Fit für den Kindergarten». Das ist ein Frühförderangebot speziell für Kinder mit Migrationshintergrund. Es wirkt sich bis auf die Schulkarriere der Kinder aus und fördert die Chancengleichheit. Beim Projekt «Kita Purzelbaum» werden Kitas eineinhalb Jahre begleitet und mit guten Ideen unterstützt, wie sie in ihren Kitas gesunde Ernährung und genügend Bewegung fördern können. Die Qualität in den Kitas wird uns auch weiterhin beschäftigen. Im August trat eine neue kantonale Verordnung in Kraft, die bei den neuen Betriebsbewilligungen ein Qualitätsmanagementkonzept einfordert. Dass Kitas heute schon über gute Qualität verfügen, zeigt auch die Betriebsbewilligungsgeschichte. Als Kitabetreiber müssen wir Konzepte für Hygiene, Frühförderung und Babys einreichen. Diese Konzepte sollen gelebt werden können und dafür braucht es genügend Menschen. Es braucht aber nicht nur Köpfchen und Herz, sondern auch Hände – und zwar genügend Hände. Weil wir in der Schweiz einen sehr kurzen Mutterschaftsurlaub von knapp vier Monaten haben, ist das Durchschnittsalter der Kinder in der Kita entsprechend jung. Ein Baby braucht viel Betreuung. Dafür ist nicht immer ein Hochschulstudium nötig, sondern Hände, die wickeln, den Kinderwagen stossen und spielen.*

**Markus Baumann (GLP):** *Mit der Teilrevision der Kinderbetreuung 2018 wurde eine wichtige Lücke geschlossen. Im Fokus stand damals vor allem der Zugang zu subventionierten Kitaplätzen sowie die Erhöhung der Beitragssätze. Nach dieser erfolgreichen Einführung und Entwicklung und nach einer hohen Bedarfsabdeckung ist es richtig, dass man sich Gedanken dazu macht, was es noch zu verbessern gibt und was die Auswirkungen waren. In den letzten zwei Jahren konnten wir Erfahrungen sammeln und warten nun auf den Bericht. Nichtsdestotrotz bin ich der Meinung, dass wir heute sehr wohl über*

die Auswirkungen und die Qualität diskutieren können. Wir sprechen hier von einem subventionierten Markt. In einem subventionierten Markt kann die Stadt Zürich sehr viel Einfluss nehmen. Es ist auch bekannt, dass der Markt grundsätzlich dynamisch, aber auch jung an Erfahrungen ist. Uns ist bewusst, dass die finanziellen Mittel die einfachste Stellenschraube sind. Mehr Geld bedeutet aber nicht unbedingt eine Steigerung der Qualität. Die GLP ist der Meinung, dass wir uns auf einem guten Weg befinden, Qualität in den Kitas zu erreichen. Gemäss STR Raphael Golta werden entsprechend dem Bericht Massnahmen ergriffen werden. Wir sind uns einig, dass die Arbeit in der Kleinkinderbetreuung sehr schwierig ist. Ich glaube, dass auch durch die vielen neuen Auflagen die Situation heute nochmals schwieriger wurde. Die GLP geht aber davon aus, dass über Objektfinanzierung eine Qualitätserhöhung erreicht werden kann. Gerade die Motion der AL schafft im Grunde Klarheit, wo der Hebel angesetzt werden soll. Allerdings sind wir nicht mit allen in der Motion aufgeführten Punkten einverstanden. Punkt d) möchten wir über einen Textänderungsantrag streichen. Es geht dabei um die Beiträge an Lohnkosten. Aus unserer Sicht ist es nicht zielführend, privaten Unternehmen Lohnzahlungen zu finanzieren. Der Eingriff in eine unternehmerische Tätigkeit ist aus unserer Sicht definitiv zu gross und entspricht im Grunde genommen einer Lohndefizitgarantie. Ausserdem sind wir der Meinung, dass dabei ein falscher Anreiz entsteht, da der Fokus nur auf den beruflichen Abschluss einer Betreuungsperson gelegt wird. Wir sind sicher, dass auch Menschen ohne höheren Abschluss in der Kinderbetreuung die Arbeit sehr wohl qualitativ umsetzen können. Wenn wir den Anreiz über den Lohn setzen, besteht die Gefahr, dass wir diese Arbeitnehmenden vom Arbeitsmarkt ausschliessen. Das möchten wir genauso wenig wie eine Akademisierung des Berufsstands. Wir sind uns mit der AL aber einig, dass Bildungs- und Qualifikationsangebote gefördert werden sollen. Aus unserer Sicht darf das auch über den Staat geschehen. Das Ziel muss sein, dass im Bereich der Kinderbetreuung ein verbindlicher Gesamtarbeitsvertrag mit der Forderung von einem existenzsichernden Mindestlohn ausgearbeitet wird. Das würde nicht nur in den Kitas, die Fachkräfte anstellen, sondern landesweit zu einer flächendeckenden Qualitätserhöhung führen.

**Johann Widmer (SVP):** Der Sozialstaat ist ungebremst auf dem Vormarsch – zahlen sollen aber die anderen. Wir haben nichts gegen Kitas, Vereine und Stiftungen, die anderen helfen wollen. Sie sollen sich aber privat organisieren. Das Problem ist, dass die linke Politik die Geschichte nicht kennt und meint, sie sei modern. Dabei liegt der Ursprung ihrer Ideen in der Antike. Statt aus der Geschichte zu lernen und das zu fördern, was der Menschheit Wohlstand für alle ermöglicht, arbeitet man an Fantasien und Gutmenschen-tum. Wer den Kapitalismus abschaffen will, schieisst sich in den eigenen Fuss. Es gibt dann nämlich kein Geld mehr zu verteilen. Wie können es sich die Linken leisten, sich bei privaten Kitas, Stiftungen und NGOs einzukaufen und einzuschmeicheln und Geld, das nicht ihnen gehört, auszugeben? Die linken Medien verdecken diese Machenschaften und erklären sie zur Normalität, sodass kaum einer den Mut hat, das aufzudecken. Es ist ein Hirngespinnst der Gutmenschen, dass man durch Umverteilung Probleme lösen und dem Volk sagen kann, was gut für sie ist. Die Herrscher aus dem 16. Jahrhundert nutzen ihre Machtposition dazu, die Glückseligkeit der Untertanen zu steigern. Dies taten sie aber privat. Der Denker Johann Heinrich Jung-Stilling schrieb 1792, dass die staatliche

*Gesetzgebung «Beglückungsregeln» festlegen soll, weil man nicht nur die physische Sicherheit der Untertanen sichern, sondern sich auch gegen falsche Bedürfnisse absichern müsste. Der Staat fing also an, zu bestimmen, was ein Bürger als Glück zu empfinden hat. Erste Ideen der Umverteilung wurden so verfolgt. Das Resultat war eine Stagnation der Wirtschaft und der Gesellschaft. Die heutigen linken Politiker stehen ganz in der Tradition dieser antiquarischen, aber leider weit verbreiteten Ideen. In der kurzen liberalen Epoche, in der die Staatsinterventionen immer wieder zurückgedrängt wurden, schuf die Schweiz den heute immer noch bemerkbaren, aber leider verminderten Wohlstand. Dieser Wohlstand verschafft heute unseren Linken die Möglichkeit, grosszügige Ausgaben für die Sozialindustrie zu tätigen. Dass diese Umverteilung aber gleichzeitig den Wohlstand vermindert und vor allem den Mittelstand schwächt, wird heute kaum noch ein linker Politiker oder Politikerin verstehen. So kommt es, dass sie mit Feudalherren verglichen werden können. Sie sind eine linke Elite, die vorgibt zu wissen, was dem Bürger gut tut und wie man den Mittelstand besteuern kann, um die Sozialindustrie zu finanzieren. Die SVP ist sehr wohl der Meinung, dass den Menschen, die unverschuldet in Not geraten, geholfen werden soll. Was ich aber heute erlebe, erfüllt nicht mehr diesen Zweck.*

**Catherine Pauli (FDP):** *Auch ich las in den Medien über die Missstände im Globe Garden. Der Stadtrat gab darauf eine Untersuchung in Auftrag und im Juni wurde festgestellt, dass die Anschuldigungen unberechtigt waren. Wir haben also kein Qualitätsproblem in den Kitas. Meine Kinder waren in unterschiedlichen Kitas und ich konnte kein einziges Qualitätsproblem feststellen. Für Kinder ist nicht die Ausbildung der Betreuerinnen wichtig, sondern Menschen, die Empathie zeigen, aufmerksam sind und den Kindern auf Augenhöhe begegnen. Kinder lernen primär voneinander und brauchen sich gegenseitig. In einer Kita sollen Kinder unter verschiedenen Betreuungspersonen aussuchen können. Es gibt auch eine gegenseitige Kontrolle der Betreuungspersonen. Die Forderung einer massgeblichen und generellen Erhöhung der Qualität kann ich nicht nachvollziehen. Vor allem das Argument der besseren Ausbildung verstehe ich nicht. Väter und Mütter mit einer höheren Ausbildung sind auch nicht per se die besseren Eltern. Ihre Forderung betrifft nur subventionierte Betriebe. 95 Prozent der Kitas liegen aber in privaten Händen. Was passiert also mit den nichtsubventionierten Plätzen? 110 bis 130 Franken für ein Kind pro Tag sind genug. Natürlich ist Qualität essentiell. Eine Kita nimmt aber uns Eltern nicht die Aufgabe ab, unsere Kinder zu fördern. Eine Kita ist da, um unseren Kindern ein Umfeld zu bieten, in dem sich unsere Kinder mit anderen Kindern weiterentwickeln können. Wenn meine Kinder abends von der Kita nach Hause kamen, erzählten sie nicht von den Betreuerinnen, sondern von den anderen Kindern. Deshalb lehnt die FDP das Top 25 ab.*

**Urs Riklin (Grüne):** *Wir haben ein veraltetes Verständnis davon, wie das System funktionieren soll – bereits im 16. Jahrhundert haben nämlich Königshäuser und Fürsten ihre Kinder ausserfamiliär betreut und Lehrpersonen angestellt, die sich um die Erziehung der Kinder gekümmert haben. Bezahlt haben das viele Menschen, profitiert haben aber nur sehr wenige. Das möchten wir heute anders handhaben. Die Grünen und die SP sehen die ausserfamiliäre Kinderbetreuung als einen Service Public an. Als Gemeinschaft sind wir gemeinsam dafür verantwortlich, dass ausserfamiliäre Betreuung möglich ist und*



*nicht auf die einzelnen Familien zurückgeworfen wird. Die grossen Fortschritte im Mengenangebot in den letzten Jahren wurde bereits erwähnt, die Versorgungsquote in der Stadt beträgt im Durchschnitt etwa 82 Prozent. Das ist allerdings noch kein Grund, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Die Versorgungsquote in den einzelnen Quartieren variiert. Auf dem Zürichberg gibt es eine Versorgungsquote von 124 Prozent, während sie in Schwamendingen bei 61 Prozent liegt. Es braucht also weitere Anstrengungen, damit die Versorgung von ausserfamiliären Betreuungsangeboten in allen Gebieten und Quartieren ausreicht. Defizite gibt es aber eher in der Qualität, beim Betreuungsschlüssel, den Betreuungsangeboten, bei der Ausbildung und bei der Qualifikation des Personals. Das liegt auch an den Anstellungsbedingungen. Die Gleichstellung und auch die berufliche Integration der besser ausgebildeten Frauen geschieht paradoxerweise hauptsächlich auf dem Buckel jüngerer und weniger gut ausgebildeter Frauen. Es ist hinlänglich bekannt, dass Berufseinsteigerinnen in der Betreuung sich häufig zuerst von Praktikum zu Praktikum hangeln müssen und bei Anstellungen Dumpinglöhne gezahlt werden. Das jetzige Finanzierungsmodell mit der Subjektfinanzierung setzt die vielen privaten Kitanbieter unter Kostendruck. Als Folge haben wir nicht nur schlechte Arbeitsbedingungen, sondern auch das Betreuungsverhältnis zeigt teilweise Defizite auf. Das führt wiederum dazu, dass sich Betreuungsqualität verschlechtert. Es überrascht mich nicht, dass Meldungen betreffend Betreuungsqualität, Fluktuation und Personalmangel bei der städtischen Krippenaufsicht eingehen. Gleichzeitig ist die ausserfamiliäre Betreuung für viele Familien eine grosse finanzielle Belastung oder schlicht zu teuer. Viele Eltern müssen sich überlegen, ob es sich lohnt, überhaupt ins Berufsleben einzusteigen, weil die Kosten der ausserfamiliären Betreuung einen grossen Teil des zusätzlichen Einkommens auffressen – zumal auch noch andere finanzielle Belastungen ansteigen. Folglich lohnt es sich eigentlich nur noch für gut bis sehr gut verdienende Personen, wieder ins Arbeitsleben einzusteigen und ihre Kinder ausserfamiliär betreuen zu lassen. Das möchten wir Grünen definitiv nicht. Es braucht zudem eine Qualitätssteigerung im Angebot. Das bedeutet letzten Endes auch, mehr Mittel für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen. Betreffend die Arbeitsbedingungen können wir uns gut vorstellen, dass die Branchen einen Gesamtarbeitsvertrag ausarbeiten und sich die Branche somit selbst Arbeitsbedingungen schafft. Die Grünen fordern neben der Steigerung der Qualität auch eine Senkung der Kosten für Elternbeiträge. Wir reichten mit der SP gemeinsam eine Motion ein, damit die Subventionsberechtigung des massgebenden Grenzbetrags ausgeweitet, der Mindesttarif halbiert und die Abzüge von den Lebenshaltungskosten erhöht werden.*

**Natascha Wey (SP):** *Ich stelle Ihnen einige Beispiele aus dem Alltag von Kinderbetreuerinnen vor, welche die Gruppierung «Trotzphase» gesammelt hat. «Als Gruppenleiterin habe ich einen Monat lang meine Pause mit vier Säuglingen verbracht, weil wir zu wenig Personal hatten. Einen ganzen Tag haben wir zu Dritt 24 Kinder betreut. Elterngespräche müssen nach der Arbeit zuhause geschrieben werden. Die Gruppenleiterinnenstelle wurde wegen einer Kündigung von einer Miterzieherin übernommen. Am Ende musste sie über sechs Monate überbrücken, bis die Stelle endlich neu besetzt wurde. Eine Lohnanpassung gab es für diese Zeit nicht.» Diese Beispiele sind aus Kitas der Stadt Zürich, die weder speziell gut, noch speziell schlecht sind. In den vergangenen Jahren lag der Fokus auf dem Ausbau der vorschulischen Kinderbetreuung. Vieles davon wurde durch*

eine Anschubfinanzierung des Bunds ausgelöst. Walter Angst (AL) zeigte, dass die Steuerung in den Kitas hauptsächlich über die Normkosten läuft. Gesamtschweizerisch liegt der Normkostenbeitrag zwischen 110 bis 130 Franken. Davon sind 70 bis 85 Prozent Personalkosten. Das Personal ist der Schlüssel für eine gute Qualität. Es gibt in der Kinderbetreuung nicht wirklich Möglichkeiten für eine Effizienzsteigerung. Ich kann mir auch nicht vorstellen, wie die GLP Qualität ausbauen will, ohne mehr Geld zu investieren. Kinder brauchen pädagogisch ausgebildete, zufriedene Mitarbeitende, die genügend Zeit und Kompetenzen haben, die Kinder zu betreuen und die sonst anfallenden Arbeiten zu bewältigen. Es geht nicht darum, in Kitas nur hochausgebildete Personen anzustellen. Aber das Ausbildungs- und Qualifikationsniveau spielt eine Rolle. Es ist nicht das gleiche, ob ich mein Kind zuhause betreue oder ob das eine pädagogisch ausgebildete Person in einer Kita macht. Das eine ist ein Beruf und die Person kann jede Entscheidung pädagogisch begründen und das andere bin ich als Privatperson. Es braucht die von der AL und der SP dringend geforderten Investitionen in die Qualität, damit ein anständiger Betreuungsschlüssel gewährleistet und die Unterfinanzierung nicht mit Praktikantinnen und Vorpraktikantinnen aufgefangen wird. Was in diesem Bereich läuft, ist eine Sauerei. Eine Umfrage von Avenir Social zeigt, dass ein Drittel der Fachangestellten Betreuung, die in der Ausbildung sind, während bis zu zwei Jahren ein Vorpraktikum machen mussten. Ein Vorpraktikum ist keine Bedingung in dieser Branche. Die Vorpraktikantinnen verdienen in dieser Phase 400 bis 800 Franken. Das geht nicht. Die Stadt muss dieser Praxis Einhalt gebieten. Es ist für kleine Kinder nicht gut, wenn Betreuungspersonen ständig wechseln. In Kitas gibt es aber eine hohe Fluktuation, weil die Arbeitsbedingungen nicht gut sind und der Beruf nicht die Anerkennung und Aufwertung bekommt, die er verdient hätte – gerade auch in Anbetracht der Bedeutung, die der Beruf für die Gesellschaft hat. Betreffend der Elternbeiträge weiss man aus Studien, dass für Familien mit tiefem Einkommen und aus tieferen Bildungsschichten der Preis eines der grössten Hindernisse darstellt, ihre Kinder in Betreuung zu geben. Speziell für Mütter, die gerne ihre Erwerbspensen erhöhen würden, wäre die Halbierung des Mindesttarifs ein wichtiger Anreiz.

**Claudia Rabelbauer (EVP):** Ich stimme meiner Vorrednerin in einigen Punkten zu. Ein Stellenpool, auf den Kitas zurückgreifen könnten, würde sicherlich ein Stück weit Abhilfe verschaffen. Dennoch möchte ich eine Lanze brechen für die Praktikumsstellen. Diese müssen aber in einem Verhältnis zu einer Ausbildungsstelle stehen. Früher musste man 18 Jahre alt sein, um die Ausbildung beginnen zu können. Das war nicht nur schlecht, weil man dann mit 21 Jahren fertig ausgebildet war und bereits sehr viel Verantwortung für 11 bis 12 Kleinkinder, eine Miterzieherin, eine Lehrfrau und eine Praktikantin übernehmen muss. Wenn man heute mit 15 Jahren die Lehre beginnt und mit 18 Jahren fertig ist, muss man genau so viel Verantwortung übernehmen. Deshalb kann ein Berufsvorbereitungsjahr wie ein Praktikum sehr wertvoll sein. Man lernt den Alltag einer FaBe kennen und hat immer noch die Möglichkeit, sich umzuentscheiden. Ich gebe Natascha Wey (SP) aber recht, dass das Verhältnis von Praktikanten und Lehrstellen ein eins-zu-eins-Verhältnis sein muss. Auch die Lernenden bringen viel Qualität in die Kitas. Die hohen Fluktuationen in Kitas sind zu bedauern. Eine Kita kann Mitarbeiterinnen halten, wenn sie auch Weiterbildungsmöglichkeiten wie zum Beispiel zum Team- oder Krippenleiter oder ein HF-Studium anbietet. Leider können wir aber fertig ausgebildete HF-Studierende

*nicht anstellen, weil wir sie schlicht nicht mehr zahlen können. Daran muss sich unbedingt etwas ändern, damit HF-Studierende nicht nur als Leitungspersonen, sondern auch als Gruppenleiterinnen in den Kitas bleiben. Wir unterstützen Top 25 als Postulat, haben in der Finanzierung aber noch offene Fragen. Vor einigen Jahren lancierte die AL eine kantonale Initiative – welche die EVP auch unterstütze –, mit der auch die Firmen ins Boot geholt werden sollten. Ich bin mir nicht sicher, ob die Stadt Zürich alle drei Motionen stemmen kann. Wir sprechen hier über sehr viel Geld, das nicht über die Kita und auch nicht über die Volltarifkosten von den Eltern, die keinen subventionierten Platz haben, abgewälzt werden kann. Die Finanzierung ist für uns noch sehr vage und wir unterstützen das Anliegen deshalb als Postulat. Auch die Frage, wie man Eltern noch mehr entlasten kann, möchten wir als Postulat unterstützen.*

**Walter Angst (AL):** *Die Überweisung der Motion 2020/43 von SP und Grünen zur Erhöhung der Elternbeiträge als Postulat begrüssen wir und stellen deshalb den Antrag an die Motionärinnen und Motionäre, der Umwandlung zuzustimmen. Da eine breite Koalition zur Unterstützung des Vorstosses ein Anliegen der AL ist, überlegten wir uns die Annahme des Textänderungsantrag der GLP. Die von uns aufgeführte Liste ist nicht vollständig und muss nicht eins zu eins umgesetzt werden. Punkt d) «Beiträge an Lohnkosten» ist aber ein zentraler Aspekt. Es macht keinen Sinn, Projekte zu lancieren, die dann allen gefallen, aber von den Institutionen wegen fehlender Deckung der Personalkosten nicht umgesetzt werden können. Es ist klar, dass man ein Gleichgewicht zwischen den finanziellen Möglichkeiten, dem Angebot und der Wirkung suchen muss. Ich glaube aber, dass die Objektbeiträge und Objektsubventionen eine sinnvolle Massnahme sind, um eine zusätzliche FaBe-Stelle zu besetzen, statt zwei Praktikantinnen anzustellen. Deshalb werden wir mit einem weinenden Auge den Textänderungsantrag ablehnen.*

**Markus Baumann (GLP):** *Die GLP hat nie gesagt, dass sie kein Geld investieren will, sondern nur, dass Geld alleine nicht automatisch zu einer Qualitätserhöhung führt. Auch wenn unser Textänderungsantrag nicht angenommen wurde, werden wir bei der Weisung des Stadtrats gerne in den Dialog gehen. Wir werden uns heute enthalten, sind aber der Meinung, dass man über die Objektfinanzierung Verbesserungen zugunsten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Kinder erreichen könnte. Da Geld aber nicht einfach Qualität regelt, werden wir die beiden anderen Vorstösse ablehnen. Uns ist nicht klar, wie viel Geld Sie investieren möchten. Bei der Motion von Walter Angst (AL) kann ich hingegen nachvollziehen, worum es geht. In der Kommission war die Diskussion zäh, es wurde aber auch gesagt, dass man den Bericht abwarten will. Dem möchten wir keinen Vorschub geben.*

Die Dringliche Motion wird mit 68 gegen 31 Stimmen (bei 12 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

12 / 13

**3106. 2020/43**

**Dringliche Motion der SP- und Grüne-Fraktion vom 29.01.2020:  
Deutliche Senkung der Elternbeiträge für die familienergänzende Kinderbetreuung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2020/35, Beschluss-Nr. 3105/2020.

Marcel Tobler (SP) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 2175/2020).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Natascha Wey (SP) ist einverstanden, die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Das Postulat GR Nr. 2020/468 (statt Dringliche Motion GR Nr. 2020/43, Umwandlung) wird mit 66 gegen 43 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**3107. 2020/44**

**Dringliche Motion der SP- und Grüne-Fraktion vom 29.01.2020:  
Massgebliche und generelle Erhöhung der Qualität in den subventionierten  
Kinderbetreuungseinrichtungen, Änderung der Verordnung über die familien-  
ergänzende Kinderbetreuung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, die Dringliche Motion entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2020/35, Beschluss-Nr. 3105/2020.

Marcel Tobler (SP) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 2176/2020):

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 4. März 2020 gestellten Ablehnungsantrag:

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.



13 / 13

Die Dringliche Motion wird mit 63 gegen 44 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat